



ArcelorMittal

Anti-Korruptionsrichtlinie

Kurze Beschreibung

Als internationales Unternehmen, das an mehreren Börsen notiert ist, möchte ArcelorMittal sicherstellen, dass seine Mitarbeitenden und alle in seinem Namen handelnden Dritten bei ihrer Arbeit die höchsten Integritätsstandards einhalten. Diese Anti-Korruptionsrichtlinien legen Verfahren für den Umgang mit Korruptionsbedenken fest.

Anwendungsbereich

Relevant für alle Direktor*innen, Führungskräfte, Mitarbeitenden von ArcelorMittal und allen Tochtergesellschaften von ArcelorMittal sowie für alle Dritten, die im Namen von ArcelorMittal handeln.



Lakshmi N. Mittal

Lakshmi N. Mittal
Vorsitzender und CEO

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

als weltweit führendes Stahl- und Bergbauunternehmen ist ArcelorMittal in über 60 Ländern auf der ganzen Welt präsent und daher großen Risiken bei der Einhaltung von Vorschriften ausgesetzt.

Wie bei allen anderen multinationalen Unternehmen auch ist eines der Risiken, denen ArcelorMittal ausgesetzt ist, das Korruptionsrisiko und ArcelorMittal legt großen Wert auf die Prävention und Bekämpfung von Korruption.

ArcelorMittal verfolgt eine Null-Toleranz-Politik bei der Korruptionsbekämpfung.

Die Korruptionsbekämpfung ist natürlich eine wichtige ethische Frage im Sinne der Verantwortung und Führung unseres Unternehmens.

Darüber hinaus haben uns jüngste Korruptionsfälle, an denen große internationale Konzerne beteiligt waren, gezeigt, dass das Korruptionsrisiko, wenn es zum Tragen kommt, enorme finanzielle Auswirkungen in Millionenhöhe haben und den Ruf eines Unternehmens erheblich schädigen kann.

Außerdem gibt es einen wachsenden Trend der Vollzugsbehörden zur Verfolgung von Einzelpersonen wegen Korruption.

Aus all diesen Gründen hat ArcelorMittal zusätzlich zum Code of Business Conduct Richtlinien zur Korruptionsbekämpfung verabschiedet, die speziell auf die Bekämpfung dieses Korruptionsrisikos abzielen und Teil des Compliance-Programms von ArcelorMittal sind.

Angesichts der Risiken, die auf dem Spiel stehen, fordere ich Sie dringend auf, die Anti-Korruptionsrichtlinien sorgfältig zu lesen, ihre Bestimmungen strikt einzuhalten und sicherzustellen, dass Sie und Ihr Team eine angemessene Schulung zur Einhaltung der Anti-Korruptionsrichtlinien erhalten haben.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an die Rechts-/Compliance-Abteilung.

Anti-Korruptionsrichtlinie

1 Ziel

ArcelorMittal hat einen Ruf für Ehrlichkeit und Integrität in seinen Managementpraktiken und in seinen geschäftlichen Transaktionen, den es aufrechterhalten möchte. Daher ist es für den ArcelorMittal-Konzern von entscheidender Bedeutung, Korruption in all ihren Formen zu bekämpfen und zu verhindern.

Es ist die Politik von ArcelorMittal und seinen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, alle anwendbaren Anti-Korruptionsgesetze und internationalen Konventionen einzuhalten, wo immer sie geschäftlich tätig sind, einschließlich der Anti-Korruptionskonventionen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Europarates sowie des US-Gesetzes über korrupte Praktiken im Ausland (FCPA).

Die Verpflichtung zur Einhaltung lokaler, nationaler und internationaler Gesetze und Vorschriften, die für seine Geschäftstätigkeit gelten, einschließlich der Anti-Korruptionsgesetze, ist auch im Verhaltenskodex von ArcelorMittal enthalten.

2 Anwendungsbereich

Es liegt in der Verantwortung jedes Vorstandsmitglieds, jeder Führungskraft und jeder/s Mitarbeitenden der ArcelorMittal-Gruppe sowie jeder dritten Partei, die im Namen der ArcelorMittal-Gruppe handelt, den Verhaltenskodex und diese Anti-Korruptionsrichtlinien zu verstehen und die Rechts-/Compliance-Abteilung um Hilfe zu bitten, wenn es Fragen oder Zweifel darüber gibt, wie diese Regeln in einer bestimmten Situation anzuwenden sind.

3 Inhalt

1. Gesetzliches Umfeld

1999 trat das von der OECD verabschiedete Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr (die "OECD-Konvention") in Kraft. Die OECD-Konvention kam zu dem Schluss, dass die Bestechung im Geschäftsverkehr:

- ernste moralische und politische Bedenken aufwirft,
- gute Regierungsführung und wirtschaftliche Entwicklung untergräbt und
- die internationalen Wettbewerbsbedingungen verzerrt.

Alle Länder, die Mitglieder der OECD sind, haben Gesetze verabschiedet, die die Bestechung von Regierungsbeamten, einschließlich ausländischer Regierungsbeamter, unter Strafe stellen (siehe z.B. die einschlägigen Bestimmungen des luxemburgischen Strafgesetzbuches und des britischen Bestechungsgesetzes). Ähnliche Übereinkommen wurden von anderen internationalen Gremien verabschiedet, darunter das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption, das Übereinkommen der Afrikanischen Union über die Verhütung und Bekämpfung der Korruption und das Strafrechtsübereinkommen des Europarates über Korruption.

Der (oben definierte) FCPA gilt für die ArcelorMittal-Gruppe in erster Linie aufgrund der Notierung der ArcelorMittal-Aktien an der New Yorker Börse.

Der UK Bribery Act wird wahrscheinlich aufgrund der Tatsache gelten, dass ArcelorMittal einen Teil seiner Geschäftstätigkeit in Großbritannien ausübt. Zusätzlich zu den oben genannten Konventionen und Gesetzgebungen verbieten fast alle Länder die Bestechung ihrer eigenen Regierungsbeamten. Obwohl eine bestimmte Handlung oder Zahlung nach der Gesetzgebung zur Umsetzung einer Konvention oder des FCPA rechtmäßig sein kann, ist sie nach örtlichem Recht möglicherweise nicht rechtmäßig.

3.2. Was ist Korruption?

In der Praxis werden die Begriffe "Bestechung" und "Korruption" im Allgemeinen synonym verwendet.

Korruption wird definiert als der Missbrauch von Macht durch jemanden, dem sie anvertraut wurde, zu seinem eigenen privaten Vorteil. Die häufigste Form der Korruption ist die Bestechung, d.h. das Gewähren oder Empfangen von Geld, Geschenken oder anderen Vorteilen als Anreiz, etwas zu tun, das unehrlich, illegal oder ein Vertrauensbruch im Rahmen der Geschäftstätigkeit ist.

Die Anti-Korruptionsgesetze verbieten ein Angebot, eine Zahlung, ein Zahlungsverprechen oder die Genehmigung der Zahlung von Geld, Geschenken oder anderen Wertgegenständen an einen Regierungsbeamten zu folgenden Zwecken:

- die Beeinflussung einer Handlung oder Entscheidung eines Regierungsbeamten,
- sie/ihn zu einer Handlung zu veranlassen, die gegen ihre/seine gesetzlichen Pflichten verstößt,
- die Sicherung eines unzulässigen Vorteils oder sie/ihn zu veranlassen, ihren/seinen Einfluss bei einer Regierungsbehörde geltend zu machen,

um dabei zu helfen, Geschäfte zu erhalten oder zu behalten oder um Geschäfte an jemand anderen weiterzuleiten.

Das Element der "Erlangung oder Beibehaltung von Geschäften" wird weit ausgelegt und umfasst auch geschäftliche Vorteile wie die Erlangung einer Genehmigung oder einer Steuervergünstigung.

Zahlungen für Erleichterungen

Darüber hinaus gilt Korruption nach den in einigen Ländern geltenden Gesetzen - wie denjenigen, die das Strafrechtsübereinkommen des Europarates über Korruption ratifiziert haben - auch dann als Straftat, wenn die Zahlung von Bestechungsgeldern nicht dazu dient, bei der Erlangung oder Aufrechterhaltung von Geschäften zu helfen. Mit anderen Worten, die Handlung, jemanden zu bestechen, um sie/ihn zu einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung ihres/seines Amtes zu veranlassen, wird als Straftat angesehen.

Dies bedeutet, dass im Gegensatz zum FCPA der USA die Gesetze dieser Länder (zu denen Luxemburg gehört, wo ArcelorMittal eingetragen ist, sowie Großbritannien und Frankreich, wo ArcelorMittal Unternehmenssitz hat), keine Ausnahme für die so genannten Erleichterungszahlungen vorsieht. Zum Beispiel enthält das britische Bestechungsgesetz sehr klare Bestimmungen, die jegliche Schmiergeldzahlungen verbieten.

Schmiergeldzahlungen sind eine Form der Bestechung, bei der es sich (i) um eine geringfügige Summe handelt, die an eine/n Beamte*in auf niedriger Ebene gezahlt wird, und (ii) die Zahlung zur Sicherung einer Handlung oder Dienstleistung erfolgt, auf die eine Einzelperson oder ein Unternehmen routinemäßig und rechtmäßig Anspruch hat (z.B. routinemäßige Bearbeitung von Regierungspapieren wie ein Visum).

Folglich ist es möglich, dass ArcelorMittal haftbar gemacht werden könnte, wenn ein Teil der Gruppe gegen diese Gesetze verstoßen würde.

Es ist die Politik von ArcelorMittal, von korrupten Zahlungen, einschließlich Vermittlungszahlungen, abzusehen.

Mitarbeitende von ArcelorMittal, die gebeten werden, Erleichterungszahlungen zu leisten, sollten solche Vorfälle der Regional-/Segment-Rechts-/Compliance-Abteilung melden, damit entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können.

Erpressung

Außer wenn das Leben, die Gesundheit oder die Sicherheit eines Mitarbeitenden bedroht wurde, ist Erpressung kein Vorwand für die Zahlung von Bestechungsgeldern. Wenn die Bedrohung auf das Unternehmen und nicht auf die persönliche Sicherheit oder Gesundheit des Mitarbeitenden abzielt, gilt die Zahlung als Bestechung.

Eine Zahlung, die in dem guten Glauben getätigt wird, dass Leben, Gesundheit oder Sicherheit in unmittelbarer Gefahr sein könnten, muss unverzüglich der/dem Sicherheitsbeauftragten der Gruppe gemeldet werden, die/der sich mit der Corporate und Regional/Segment Compliance in Verbindung setzen wird.

Anstiftung und andere Vorfälle

Jede Aufforderung einer/s Regierungsbeamte*in oder einer Privatperson zur Annahme von Bestechungsgeldern oder anderen wertvollen Dingen sowie jeder andere Korruptionsvorfall oder -versuch ist unverzüglich der Corporate and Regional/Segment Compliance zu melden.

3.3. Wer ist ein Regierungsbeamte*in?

Ein/e "Regierungsbeamte*in" ist:

- ein/e Beamte*in oder Angestellte*r einer Regierung (die/der ein administratives, gerichtliches oder gesetzgeberisches Mandat innehat) oder einer Abteilung, Behörde oder eines ihrer Instrumente oder eine Person, die in offizieller Eigenschaft für eine solche oder im Namen einer solchen handelt (z.B. ein Unternehmen, das beauftragt wurde, Angebote im Namen einer Regierungsbehörde zu prüfen oder Zölle zu erheben);
- ein/e Amtsträger*in oder Angestellte*r einer "öffentlichen internationalen Organisation" oder eine Person, die in offizieller Eigenschaft für eine solche oder im Namen einer solchen öffentlichen internationalen Organisation handelt (zu den öffentlichen internationalen Organisationen gehören z.B. die Vereinten Nationen, die Weltbank, die Europäische Kommission usw.);

- ein/e Mitarbeitende*r eines Unternehmens oder einer anderen Geschäftseinheit, an der eine staatliche Stelle beteiligt ist und/oder auf die eine solche staatliche Stelle direkt oder indirekt einen beherrschenden Einfluss ausüben kann (ein/e solche/r Mitarbeitende*r kann als Regierungsbeamte*in auftreten, auch wenn er oder sie eher kommerzielle als staatliche Tätigkeiten ausübt); und

- eine politische Partei (siehe Abschnitt "Politische Zuwendungen" unten) oder ein Mitglied einer politischen Partei oder ein/e Kandidat*in für ein politisches Amt.

- Zusätzliche Vorsicht ist in Bezug auf Personen geboten, von denen bekannt ist oder vermutet wird, dass sie Familienmitglieder von Regierungsbeamte*innen sind, oder in Bezug auf Unternehmen, die von Familienmitgliedern von Regierungsbeamten kontrolliert werden, um zu vermeiden, dass diese Personen als Kanäle für eine illegale Zahlung an eine/n Regierungsbeamte*in dienen.

3.4. Privat-an-Privat-Korruption

"Privat-an-privat" Korruptionshandlungen sind Handlungen, an denen keine Regierungsbeamte*innen beteiligt sind. Obwohl weder das OECD-Übereinkommen noch der (oben definierte) FCPA die Frage der privaten Korruption/Bestechlichkeit behandeln, sind solche Handlungen nach dem Verhaltenskodex von ArcelorMittal und diesen Anti-Korruptionsrichtlinien streng verboten. Auch die private Korruption ist in vielen Ländern ein Straftatbestand, so z.B. in den Ländern, die das Strafrechtsübereinkommen des Europarates über Korruption unterzeichnet haben (siehe z.B. die einschlägigen Bestimmungen des britischen Bestechungsgesetzes oder des luxemburgischen Strafgesetzbuches).

3.5. Beschaffungs- und Bieterverfahren

Korruption ist in einigen Ländern weiter verbreitet als in anderen. Die Tätigkeit in einigen dieser Hochrisikoländer erfordert von ArcelorMittal größere Vorsichtsmaßnahmen. Es ist wichtig, dass ArcelorMittal nachweisen kann, dass lokale Beschaffungsentscheidungen aufgrund von Verdiensten getroffen werden und nicht durch unzulässige Einflussnahme auf Regierungsbeamte.

Die Vergabevorschriften enthalten in der Regel spezifische Regeln über den Zeitpunkt und das Verfahren für die Sicherung von Angebotsinformationen und -dokumenten, und Sie sollten sicherstellen, dass Sie in Übereinstimmung mit diesen Regeln handeln. Sie sollten niemals unter Verletzung solcher Vorschriften nach nicht-öffentlichen Insider-Informationen suchen.

Während des Ausschreibungsverfahrens gibt es in der Regel strenge Vorschriften in Bezug auf Interessenkonflikte und den Umgang und die Kommunikation mit den am Ausschreibungsverfahren beteiligten Beamte*innen. Während des Ausschreibungsverfahrens sollten Sie sich nicht auf die Bewirtung, auf Geschenke oder Ähnliches mit einer/m Beamte*in oder einer anderen am Ausschreibungsverfahren beteiligten Person einlassen.

Sie sollten relevante lokale Beschaffungsrichtlinien und -vorschriften aufspüren und überprüfen und sich, falls erforderlich, mit der lokalen Rechts-/Compliance-Abteilung oder der/m Regional/Segment-Generalberater*in/Head of Compliance beraten, um Verstöße gegen solche Gesetze zu vermeiden.

Geschäftspartner*innen, Vertreter*innen, Auftragnehmer*innen und andere Drittparteien

Es ist verboten, (i) korrupte Zahlungen über Vermittler zu tätigen und (ii) eine Zahlung an eine dritte Partei zu leisten, wenn man weiß, dass die Zahlung ganz oder teilweise direkt oder indirekt an eine/n Regierungsbeamt*in geht. Der Begriff "wissen" schließt bewusste Missachtung und absichtliche Ignoranz ein.

Alle Geschäftsentscheidungen, an denen ArcelorMittal beteiligt ist, sollten auf Verdiensten basieren. Kein/e Mitarbeitende*r von ArcelorMittal oder ein Dritter, der im Namen von ArcelorMittal handelt, sollte einen unzulässigen Einfluss auf Regierungsbeamt*innen ausüben.

Die Politik von ArcelorMittal besteht darin, dass die Joint Ventures, an denen das Unternehmen beteiligt ist, Anti-Korruptionsrichtlinien verabschieden und durchsetzen.

ArcelorMittal muss bei seinen Geschäftspartner*innen (seien es Agent*innen, Berater*innen, Lobbyist*innen, Lieferanten, andere Vermittler, Konsortial- oder Joint-Venture-Partner, Auftragnehmer*innen oder wichtige Subunternehmer, Vertriebshändler*innen usw.) eine Due-Diligence-Prüfung durchführen, um das Korruptionsrisiko zu bewerten, bevor es mit ihnen Geschäfte tätigt. Bevor Sie zum Beispiel einen Agent*in beauftragen, sollten Sie sich sicher sein, dass er/sie nicht als Mittelsmann für die Zahlung von Bestechungsgeldern benutzt wird. Nach Durchführung einer Due-Diligence-Prüfung der/s Agent*in sollten Sie davon absehen, Geschäfte mit ihr/ihm zu tätigen, wenn die Ergebnisse der Due-Diligence-Prüfung nicht zufriedenstellend sind.

Die Due-Diligence-Prüfung muss in Übereinstimmung mit den in diesen Richtlinien und den Richtlinien von ArcelorMittal festgelegten Grundsätzen sowie allen anderen Verfahren, die auf bestimmte Geschäfts-/Risikobereiche zugeschnitten sind, durchgeführt werden.

ArcelorMittal muss feststellen, ob eine/r seiner Geschäftspartner*innen im Ruf steht, korrupt zu sein (auch wenn sie/er vielleicht noch nicht wegen Korruption verurteilt wurde) oder ob gegen eine/n seiner Geschäftspartner*innen wegen Korruption ermittelt oder sie/er strafrechtlich verfolgt wird bzw. verurteilt oder (im Falle von Anwälten) ausgeschlossen wurde. Wenn dies der Fall ist, sollte ArcelorMittal so weit wie möglich den Sachverhalt ermitteln und eine Entscheidung treffen, wobei das Risiko einer Rufschädigung von ArcelorMittal zu berücksichtigen ist.

Aufzeichnungen über jede Due-Diligence-Prüfung müssen für einen Zeitraum von mindestens zehn (10) Jahren aufbewahrt werden.

Darüber hinaus kann ArcelorMittal, abhängig von den Ergebnissen der Hintergrundprüfung und der Sensibilität der Angelegenheit, externe Anbieter in Anspruch nehmen, um zusätzliche oder tiefer gehende Due Diligence-Prüfungen bei natürlichen oder juristischen Personen durchzuführen.

Die folgenden Grundsätze sollten in Bezug auf die Nutzung und Vergütung aller Dritten angewandt werden:

1. Zahlungen an Dritte müssen angemessen sein und den Wert der erbrachten Leistungen angemessen widerspiegeln;
2. Drittparteien sollten eine nachgewiesene Erfolgsbilanz in der betreffenden Branche vorweisen können;
3. Drittparteien sollten nicht von Regierungsbeamt*innen bezahlt werden;

4. Die zu erbringenden Dienstleistungen müssen rechtmäßig sein, und die Art der Dienstleistungen sowie der Preis müssen in dem betreffenden Vertrag beschrieben sein; und
5. Drittparteien dürfen keine Offshore-Zahlungen erhalten, es sei denn, es liegen echte und legitime geschäftliche Gründe dafür vor und der Zahlungsprozess wird im Voraus schriftlich von der lokalen Rechts-/Compliance-Abteilung, der/m Regional/Segment General Counsel/Leiter*in der Compliance-Abteilung und der/m lokalen Leiter*in der Geschäftseinheit genehmigt. Steuerhinterziehung ist in solchen Fällen kein geeignetes Mittel.

Jedes Abkommen mit Dritten muss Klauseln enthalten, die sich mit Korruptionsproblemen befassen.

Diese Anti-Korruptionsrichtlinien gelten für Agent*innen und Geschäftspartner*innen, wenn sie mit uns Geschäfte machen und wenn sie in unserem Namen Geschäfte mit einem Dritten machen.

3.6. Anti-Korruptions-Klauseln

Die Aufnahme einer der Antikorruptions-Modellklauseln, die im Rahmen des Anti-Korruptions-Due-Diligence-Verfahrens von ArcelorMittal vorgesehen sind, oder einer ähnlichen Klausel, die mit Unterstützung der Rechts-/Compliance-Abteilung entwickelt wurde, ist in jedem Vertragstyp erforderlich, auf den in diesen Richtlinien Bezug genommen wird.

3.7. Fusionen und Übernahmen

Unternehmen der ArcelorMittal-Gruppe, die sich mit anderen Unternehmen zusammenschließen oder andere Unternehmen erwerben, laufen Gefahr, die Haftung des Nachfolgers für Verstöße gegen Antikorruptionsgesetze zu erben, die das erworbene oder fusionierte Unternehmen begangen hat. Dies kann einen erheblichen Reputationsschaden für ArcelorMittal und Geschäftsunterbrechungen sowie Sanktionen nach sich ziehen, wenn solche Verstöße zu einem späteren Zeitpunkt auftreten. Daher ist es unerlässlich, eine gründliche Due-Diligence-Prüfung zur Korruptionsbekämpfung durchzuführen und in den Übernahmevertrag angemessene Antikorruptionsbestimmungen aufzunehmen sowie andere verfügbare Optionen zur Vermeidung einer Nachfolgehafung vor Abschluss der Transaktion zu prüfen. Obwohl der Erwerb von Vermögenswerten allein theoretisch keine Nachfolgehafung auslöst, ist es dennoch wichtig, eine gründliche Due-Diligence-Prüfung zur Korruptionsbekämpfung durchzuführen und den Übernahmevertrag so zu gestalten, dass eine Haftung für Verstöße gegen Antikorruptionsgesetze aus dem Umfang des Anlagenerwerbs ausgeschlossen ist. Wenn ein laufendes Geschäft im Rahmen eines Anlagenerwerbs erworben wird, muss eine solche Transaktion wie ein Aktienerwerb behandelt werden. Sie sollten alle Fragen zur Korruptionsbekämpfung, die sich bei der Due-Diligence-Prüfung ergeben, mit dem Group General Counsel besprechen.

Weitere Hinweise finden sich im Due-Diligence-Verfahren von ArcelorMittal zur Korruptionsbekämpfung.

3.8. Mitarbeitende von ArcelorMittal

Die Integrität der Mitarbeitenden von ArcelorMittal muss durch die Anwendung der folgenden Grundsätze gewahrt werden:

1. Setzen Sie eine/ Mitarbeitende*n nur dann in eine Schlüsselposition ein, wenn die Integrität dieser/s Mitarbeitenden dokumentiert ist oder nicht in Frage gestellt wurde.
2. Alle tatsächlichen oder potenziellen Interessenkonflikte, die Mitarbeitende haben könnten, müssen gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Geschäftsverhaltenskodex und der Anweisung von ArcelorMittal über die Erklärung von Interessenkonflikten gemeldet werden.

3. Die Einstellung einer/s Regierungsbeamt*in, einer/s ehemaligen Regierungsbeamten oder einer/s Verwandten könnte als ein Gefallen oder Vorteil angesehen werden, der möglicherweise eine Bestechung darstellt und/oder einen Interessenkonflikt hervorrufen kann. Ein solcher Interessenskonflikt kann die Entscheidungsfindung einer Person beeinträchtigen oder den Ruf der Person und den von ArcelorMittal gefährden. Um sicherzustellen, dass Interessenskonflikte abgeschwächt werden können, müssen sie in einem frühen Stadium des Einstellungsverfahrens identifiziert werden.
4. Wenn ein/e neue/r Mitarbeitende/r eingestellt werden soll, ist das von der Personalabteilung von ArcelorMittal eingeführte Verfahren zur Überprüfung der Corporate Resourcing Pre-Employment Vetting (Background Checks) einzuhalten und eine entsprechende Schulung zur Einhaltung der Vorschriften durchzuführen.
5. Zusätzliche Aufmerksamkeit sollten das Management und die Personal- und Anti-Korruptions-Schulungen den Mitarbeitenden widmen, die in Hochrisikoländern tätig sind, wo sie möglicherweise korruptem Druck ausgesetzt sind, insbesondere wenn sie mit Regierungsangestellten zu tun haben.
6. Im Falle eines Verstoßes gegen diese Anti-Korruptionsrichtlinien durch eine/n Mitarbeitende*n sollten angemessene und verhältnismäßige Sanktionen (bis hin zur Kündigung) verhängt werden. Keiner/m Mitarbeitenden entstehen nachteilige Folgen, wenn sie/er sich weigert, Bestechungsgelder zu zahlen, auch wenn dies dazu führen kann, dass ArcelorMittal Geschäfte verliert oder keinen geschäftlichen Vorteil erhält.

3.9. Geschenke, Unterhaltung, Reisen

Mitarbeitende sollten sich auf das spezielle Verfahren "Empfangen & Geben von Geschenken & Bewirtung" beziehen, das Regeln (z.B. Vorabgenehmigungsregeln zusammen mit finanziellen Schwellenwerten) festlegt und detaillierte Anleitungen bietet.

Die vorliegenden Richtlinien bieten einige allgemeine Hinweise zu diesem Thema.

Geschenke

ArcelorMittal ist gesetzlich verpflichtet, die Antikorruptionsgesetze der Länder einzuhalten, in denen es geschäftlich tätig ist. Daher sollten Geschenke nicht ohne vorherige Überprüfung des lokalen Antikorruptionsgesetzes und dieser Anti-Korruptionsrichtlinien gegeben werden.

Regierungsbeamt*innen sollten keine Geschenke und Zuwendungen angeboten werden, mit Ausnahme von Werbeartikeln von geringem Wert, wie z.B. preiswerte Kugelschreiber, Tassen, T-Shirts, Kalender usw., die den Namen und/oder das Logo des Unternehmens tragen, vorausgesetzt, dies ist nicht nach örtlichem Recht verboten und erfolgt nicht mit korruptem Zweck (siehe Definition von "Korruption" oben unter "Was ist Korruption?").

Der Verhaltenskodex von ArcelorMittal verbietet auch das Anbieten von Geschenken oder die Gewährung von Vergünstigungen außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs an gegenwärtige oder potenzielle Kunden, ihre Mitarbeitenden oder Vertreter*innen oder jede andere Person (einschließlich, aber nicht beschränkt auf "Regierungsbeamt*innen"), mit denen das betreffende Konzernunternehmen eine vertragliche Beziehung unterhält oder beabsichtigt, eine Vereinbarung auszuhandeln.

Die Mitarbeitenden von ArcelorMittal müssen auch Geschenke und Zuwendungen von Personen ablehnen, die mit ArcelorMittal Geschäfte machen oder zu machen versuchen - wie Lieferant*innen oder potenzielle Lieferant*innen, mit Ausnahme von Werbeartikeln von geringem Wert. Bargeldgeschenke an jedermann sind verboten und müssen, falls sie Ihnen angeboten werden, abgelehnt werden.

Unterhaltung und Reisen

Alle geschäftlichen Bewirtungen und Reisen, die von Mitarbeitenden von ArcelorMittal gegeben oder empfangen werden, müssen mäßig bemessen sein und eindeutig dazu dienen, geschäftliche Gespräche zu erleichtern. Als allgemeine Richtlinie gilt, dass geschäftliche Bewirtung in Form von Mahlzeiten und Getränken akzeptabel ist, solange sie im Einklang mit den lokalen Gesetzen, der SG&A-Politik der Gruppe, angemessen selten und so weit wie möglich auf gegenseitiger Basis erfolgt.

Für geschäftliche Bewirtung und Reisen von ArcelorMittal-Mitarbeitenden oder Dritten, die im Auftrag von ArcelorMittal für Regierungsbeamt*innen tätig sind, gelten restriktivere Regeln (siehe Abschnitt "Wer ist ein Regierungsbeamt*in" oben).

ArcelorMittal kann Regierungsbeamt*innen für angemessene Reise- und Unterbringungskosten oder direkt damit zusammenhängende Kosten bezahlen oder entschädigen:

- a) für die Förderung, Demonstration oder Erklärung von ArcelorMittal-Produkten oder -Dienstleistungen;
- b) oder für die Ausführung oder Erfüllung eines Vertrags zwischen einem Unternehmen der ArcelorMittal-Gruppe und der Regierung, die die/der Regierungsbeamt*in vertritt.

Dies unter der Voraussetzung, dass die Zahlung oder Rückerstattung von Reise-, Repräsentations- und Unterbringungskosten nach örtlichem Recht und anderen anwendbaren Gesetzen zulässig ist und vorbehaltlich der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch die örtliche Rechtsabteilung, die/den Regional-/Segment-General Counsel/Leiter*in der Compliance-Abteilung und die/den Leiter*in der lokalen Geschäftseinheit.

In jedem Fall muss der Zweck der Reise im Voraus definiert und genehmigt werden, und die Rückerstattung unterliegt "bona fide" Belegen und Korrespondenz, die zu den Akten genommen werden müssen.

Barzahlungen oder Tagegelder sollten vermieden werden, und Erstattungen für Reise- und Unterbringungskosten sollten an die Regierungsstelle oder -behörde gezahlt werden und nicht an die/den Regierungsbeamt*in direkt. Jede Ausnahme von dieser Regel kann nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der örtlichen Rechts-/Compliance-Abteilung, der/s Regional-/Segment-Generalberater*in/Leiter*in der Compliance-Abteilung und der/s Leiter*in der örtlichen Geschäftseinheit gemacht werden.

Familienmitglieder von Regierungsbeamt*innen dürfen nicht zu solchen Reisen oder Veranstaltungen eingeladen werden. Wenn ein Familienmitglied die betreffende Person dennoch zu der Reise oder der Veranstaltung begleitet, wird ArcelorMittal keine Auslagen dieses Familienmitglieds bezahlen oder erstatten.

3.10. Politische Zuwendungen

Spenden von Geld oder Dienstleistungen im Namen von ArcelorMittal an politische Parteien oder einzelne Politiker*innen in einem beliebigen Land dürfen nur in Übereinstimmung mit geltendem Recht geleistet werden, und alle Anforderungen für die öffentliche Bekanntgabe müssen vollständig erfüllt werden.

Solche Beiträge unterliegen der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch die lokale Rechts-/Compliance-Abteilung, die/den Regional/Segment-General Counsel/Leiter*in der Compliance-Abteilung und die/den lokale/n Leiter*in der Geschäftseinheit.

Alle Beiträge müssen in Übereinstimmung mit der Anweisung von ArcelorMittal zur Transparenz und Überwachung politischer Zuwendungen in ein Register der politischen Zuwendungen/Spenden aufgenommen werden.

Wenn eine Spende von Geld oder Dienstleistungen an eine politische Partei oder eine/n einzelne/n Politiker*in in irgendeinem Land in Betracht gezogen wird, müssen die Regeln für Interessenkonflikte, die im ArcelorMittal-Verhaltenskodex für Unternehmen enthalten sind, eingehalten werden. Dies bedeutet, dass jede Person, die in irgendeiner Weise mit der/m einzelnen Politiker*in oder der politischen Partei verbunden ist, sich jeglicher Beteiligung am Entscheidungsprozess bezüglich der Spende enthalten sollte.

Seien Sie sich bewusst, dass Spenden an politische Parteien oder einzelne Politiker*innen als Bestechung ausgelegt werden können. Wenn Ihr Unternehmen beispielsweise Verhandlungen über einen Regierungsvertrag oder eine Lizenz führt oder wenn Sie ein heikles Thema bearbeiten, das von der Regierung geprüft wird, werden solche Beiträge wahrscheinlich als Bestechung interpretiert.

Wie im Abschnitt "WER IST EIN*E REGIERUNGSBEAMT*IN?" oben dargelegt, fallen politische Parteien, Mitglieder politischer Parteien und Kandidat*innen für ein öffentliches Amt in den Geltungsbereich der Definition des Begriffs "Regierungsbeamte*in".

3.11. Beiträge an Gewerkschaften

Beiträge in Form von Geld oder Dienstleistungen im Namen von ArcelorMittal an eine Gewerkschaft oder ein Gewerkschaftsmitglied oder an ein von einer Gewerkschaft kontrolliertes Unternehmen in einem beliebigen Land dürfen nur in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht geleistet werden, und alle Anforderungen für die Veröffentlichung müssen vollständig erfüllt werden.

Solche Beiträge unterliegen der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch die lokale Rechts-/Compliance-Abteilung, die/den Regional/Segment-General Counsel/Leiter*in der Compliance-Abteilung und der/den lokale/n Leiter*in der Geschäftseinheit.

Wenn eine Spende von Geld oder Dienstleistungen an eine Gewerkschaft oder ein Gewerkschaftsmitglied oder an ein von einer Gewerkschaft kontrolliertes Unternehmen in einem beliebigen Land in Betracht gezogen wird, müssen die im Verhaltenskodex von ArcelorMittal enthaltenen Regeln für Interessenkonflikte beachtet werden. Dies bedeutet, jede Person, die irgendeine Art von der Zugehörigkeit zu der Gewerkschaft oder dem Mitglied der Gewerkschaft oder der von der Gewerkschaft kontrollierten Einheit hat, sollte sich jeder Beteiligung am Entscheidungsprozess bezüglich des Beitrags enthalten.

Denken Sie daran, dass in bestimmten Ländern und unter bestimmten Umständen Gewerkschaften, Gewerkschaftsmitglieder oder von einer Gewerkschaft kontrollierte Einrichtungen als Kanäle für Bestechungsgelder an Regierungsbeamte*innen dienen können und dass je nach Kontext Beiträge an Gewerkschaften, Gewerkschaftsmitglieder oder von einer Gewerkschaft kontrollierte Einrichtungen folglich als Bestechung ausgelegt werden können.

3.12. Spenden für Wohltätigkeit / Unternehmensverantwortung

Es besteht die Gefahr, dass Bestechungsgelder in Form von wohltätigen Spenden oder Sponsorengeldern gezahlt werden. Stellen Sie sicher, dass das Geld, das an eine Wohltätigkeitsorganisation oder eine andere Form des Sponsorings gezahlt wird, weder davon abhängig ist,

noch dem Zweck dient, einen Geschäftsabschluss zu tätigen oder einen anderen unrechtmäßigen Geschäftsvorteil zu erlangen. Das Geld muss immer an eine legitime Organisation (z.B. Wohltätigkeitsorganisation) und darf nicht an eine Einzelperson gegeben werden. Die Beiträge sollten einer angemessenen Überwachung und der Einhaltung von Leistungskennzahlen unterliegen.

Spenden Sie nur an Organisationen, die nach den Gesetzen des jeweiligen Landes registriert sind. Seien Sie vorsichtig, wer die Funktionäre der Organisation sind, und führen Sie eine Hintergrundüberprüfung der Organisation selbst und ihrer Führungskräfte durch. Prüfen Sie, ob Sie herausfinden können, an wen das Geld geht und für welchen Zweck. Wenn Sie über einen Regierungsvertrag oder eine Lizenz verhandeln oder wenn Sie ein heikles Thema bearbeiten, das von der Regierung geprüft wird, denken Sie daran, dass Beiträge an eine Organisation, die mit einer/m Regierungsbeamte*in verbunden ist, wahrscheinlich als Bestechung ausgelegt werden.

Sie sollten Fälle, in denen ein/e Kund*in oder Regierungsbeamte*in eine Organisation empfiehlt oder an Sie verweist, einer verstärkten Prüfung unterziehen. In solchen Fällen kann die Organisation ein Kanal für unzulässige Zahlungen an die/den Kund*in oder Regierungsbeamte*in sein.

Wohltätigkeits- und Corporate Responsibility-Beiträge sowie Sponsoring sollten mit der Corporate Responsibility-Strategie des ArcelorMittal-Konzerns in Einklang stehen. Informationen dazu erhalten Sie auf www.arcelormittal.com unter "Corporate Responsibility". Zudem muss die Abteilung Corporate Responsibility der Gruppe konsultiert werden, bevor ein solcher Beitrag geleistet wird.

Darüber hinaus bedürfen wesentliche wohltätige Beiträge, Beiträge im Rahmen der Unternehmensverantwortung und jede andere Form von signifikantem Sponsoring, insbesondere wenn es sich um Regierungsstellen oder Regierungsbeamte*innen handelt, wie in den Richtlinien zur Unternehmensverantwortung von ArcelorMittal definiert, der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch die lokale Rechts-/Compliance-Abteilung, die/den Regional/Segment-General Counsel/Leiter*in der Compliance-Abteilung und die/den lokale/n Leiter*in der Geschäftseinheit.

3.13. Anforderungen an die Buchhaltung

ArcelorMittal ist gesetzlich verpflichtet, Bücher, Aufzeichnungen und Konten zu erstellen und zu führen, die in angemessenem Detaillierungsgrad die Transaktionen und Verfügungen über die Vermögenswerte von ArcelorMittal korrekt und fair wiedergeben. Die Verwendung falscher Dokumente und Rechnungen ist verboten, ebenso wie die Erstellung unzulänglicher, zweideutiger oder irreführender Buchhaltungseinträge und alle anderen Buchführungsverfahren, -techniken oder -vorrichtungen, die illegale Zahlungen verbergen oder anderweitig verschleiern würden.

3.14. Interne Kontrollen

ArcelorMittal ist auch gesetzlich verpflichtet, ein System interner Buchhaltungskontrollen zu entwickeln und aufrechtzuerhalten, das ausreicht, um angemessene Garantien dafür zu geben, dass

- (i) Transaktionen in Übereinstimmung mit der allgemeinen oder spezifischen Ermächtigung des Managements ausgeführt werden;
- (ii) Transaktionen nach Bedarf aufgezeichnet werden, (I) um die Erstellung von Jahresabschlüssen in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Buchhaltungsprinzipien oder anderen auf solche Abschlüsse anwendbaren Kriterien zu ermöglichen, und (II) um die Rechenschaftspflicht für Vermögenswerte aufrechtzuerhalten;

- (iii) Der Zugriff auf Vermögenswerte ist nur in Übereinstimmung mit der allgemeinen oder besonderen Genehmigung der Verwaltung gestattet; und
- (iv) wenn die aufgezeichnete Rechenschaftspflicht für Vermögenswerte in angemessenen Zeitabständen mit dem vorhandenen Vermögen verglichen wird und in Bezug auf etwaige Differenzen angemessene Maßnahmen ergriffen werden.

Alle Geschäftseinheiten innerhalb der ArcelorMittal-Gruppe sollten über interne Kontrollen und Verfahren verfügen, die diesen Kriterien entsprechen und die Einhaltung dieser Anti-Korruptionsrichtlinien verbessern.

Ein Element eines wirksamen internen Kontrollsystems besteht darin, dass das Geschäfts- und Finanzpersonal Transaktionen und Ausgaben-/Zahlungsanträge auf Warnzeichen überprüft, die auf eine unzureichende kommerzielle Basis oder übermäßige Risiken hinweisen. Nachfolgend finden Sie eine Liste der üblichen Warnzeichen.

- Die Transaktionspartei hat eine aktuelle geschäftliche, familiäre oder eine andere enge persönliche Beziehung zu einer/m Kund*in oder Regierungsbeamt*in, ist selbst vor kurzem Kund*in oder Regierungsbeamt*in gewesen oder ist nur aufgrund ihres Einflusses auf eine/n Kund*in oder Regierungsbeamt*in qualifiziert.
- Ein/e Kund*in oder Regierungsbeamt*in empfiehlt oder besteht auf der Verwendung der Transaktionspartei.
- Die Transaktionspartei weigert sich, Vertragsbedingungen zur Korruptionsbekämpfung zuzustimmen, verwendet eine Mantelgesellschaft oder eine andere unorthodoxe Unternehmensstruktur, besteht auf ungewöhnlichen oder verdächtigen Vertragsverfahren, weigert sich, die Identität von seiner/m Eigentümer*in preiszugeben oder verlangt, dass seine Zustimmung rückdatiert oder in irgendeiner Weise geändert wird, um Informationen zu fälschen.
- Die Transaktionspartei hat einen schlechten geschäftlichen Ruf oder wurde mit dem Vorwurf von Bestechungsgeldern, Schmiergeldern, Betrug oder anderem Fehlverhalten konfrontiert oder hat schlechte oder nicht vorhandene Referenzen von Dritten.
- Die Transaktionspartei verfügt nicht über ein Büro, Personal oder Qualifikationen, die für die Erbringung der erforderlichen Dienstleistungen ausreichen.
- Die Ausgaben/Zahlungsanforderung ist ungewöhnlich, wird nicht durch angemessene Unterlagen belegt, ist ungewöhnlich groß oder steht in keinem Verhältnis zu den zu erbringenden Leistungen, entspricht nicht den Bedingungen eines Regierungsabkommens oder beinhaltet die Verwendung von Bargeld oder Inhaberpapieren.
- Die Ausgaben-/Zahlungsanforderung bezieht sich auf ein Off-the-books-Konto, befindet sich in einer Gerichtsbarkeit außerhalb des Landes, in dem die Dienstleistungen erbracht werden oder erbracht werden sollen oder entspricht in irgendeiner Form nicht den örtlichen Gesetzen.
- Die Ausgaben/Zahlungsanforderung wird als erforderlich beschrieben, um "den Auftrag zu erhalten" oder "die notwendigen Vorkehrungen zu treffen".

Diese Liste ist nicht vollständig, und die Warnzeichen variieren je nach Art der Transaktion oder der Ausgaben-/Zahlungsanforderung und je nach geographischem Markt oder Geschäftsbereich. Das Personal sollte ständig prüfen, ob in seiner spezifischen Situation zusätzliche übliche Warnzeichen vorhanden sind.

3.15. Risikobewertungen, Überwachung, Zertifizierung und Audits

Geschäftssegmente müssen in Form einer dokumentierten Risikobewertung periodisch Art und Umfang ihrer Exposition gegenüber potenziellen internen und externen Korruptionsrisiken bewerten. Zweck der Risikobeurteilung ist es, die wichtigsten Risikobereiche zu identifizieren und Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, die sich auf diese Bereiche konzentrieren.

ArcelorMittal hat sich verpflichtet, die Wirksamkeit von Antikorruptionsprozessen und -kontrollen sowie die Durchführung von Audits zur Einhaltung der Antikorruptionsgesetze, dieser Richtlinien und aller anderen diesbezüglichen Verfahren zu gewährleisten.

Die Geschäftssegmente müssen die Einhaltung der Compliance gemäß dem Compliance-Zertifizierungsprozess von ArcelorMittal regelmäßig bescheinigen und relevante Informationen in Bezug auf Risikobewertungen, Prozesse und Kontrollen bereitstellen.

3.16. Whistleblower-Politik

Jede Besorgnis, die ein/e Mitarbeitende, leitende/r Angestellte*r oder Direktor*in von ArcelorMittal über einen möglichen Bestechungs- oder Korruptionsfall hat, sollte in Übereinstimmung mit den Whistleblower-Richtlinien von ArcelorMittal unverzüglich gemeldet werden.

3.17. Sanktionen gegen Korruption

Strafrechtliche Haftung und zivilrechtliche Sanktionen

In den meisten Gerichtsbarkeiten können sowohl Unternehmen als auch Einzelpersonen für eine Straftat haftbar gemacht werden. Der genaue Umfang der strafrechtlichen Haftung hängt vom Recht eines bestimmten Landes ab.

Im Allgemeinen umfasst die strafrechtliche Haftung Geldstrafen und Gefängnisstrafen, die schwerwiegend sein können. Nach dem FCPA (wie auf Seite 1 definiert) wird zum Beispiel gegen Unternehmen eine Geldstrafe von bis zu 2 Millionen US-Dollar pro Verstoß verhängt. Führungskräfte, Direktor*innen, Aktionär*innen, Angestellte und Vertreter*innen werden mit einer Geldstrafe von bis zu 250.000 US-Dollar pro Verstoß und einer Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren belegt. Alternativ kann die Geldstrafe bis zum Doppelten des Vorteils betragen, den die/der Angeklagte durch die korrupte Zahlung zu erlangen suchte.

Darüber hinaus können strafrechtliche Sanktionen für Unternehmen wie ArcelorMittal, die beschuldigt werden, gegen die Bestimmungen des FCPA über Bücher und Aufzeichnungen (d.h. Rechnungslegung - siehe "Rechnungslegungsvorschriften", oben) zu verstoßen, bis zu 25 Mio. US-Dollar und bis zum Doppelten des Vorteils erreichen, den das Unternehmen durch den Verstoß zu erlangen suchte. Personen, die wegen einer solchen Verletzung verurteilt werden, werden mit einer Geldstrafe von bis zu fünf Millionen US-Dollar oder mit einer Gefängnisstrafe von bis zu 20 Jahren belegt.

Darüber hinaus können auf Basis des FCPA Gewinnabschöpfungen im Zusammenhang mit unangemessenen Zahlungen auferlegt werden. Unternehmen und Einzelpersonen können wegen Korruption in ihrem Heimatland, in dem Land, in dem die Korruption stattgefunden hat, und in anderen Ländern, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika, strafrechtlich verfolgt werden. Auch die Auslieferung von Einzelpersonen in ein anderes Land stellt ein Risiko dar, je nachdem, in welchem Land die Handlungen stattgefunden haben.

Bußgelder, die gegen Einzelpersonen verhängt werden, dürfen von ihrem Arbeitgeber nicht bezahlt werden.

Zivilrechtliche Haftung und Schadenersatz

Zusätzlich zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit sind sowohl Einzelpersonen als auch Unternehmen, die in Korruption verwickelt sind, dem Risiko ausgesetzt, verklagt zu werden und dafür haftbar gemacht zu werden und die anderen Einzelpersonen oder Unternehmen zu entschädigen, die möglicherweise durch die korrupte Handlung Verluste erlitten haben.

Dies kann z.B. der Fall sein, wenn ein/e erfolglose/r Bieter*in eine/n erfolgreiche/n Bieter*in, dem der Zuschlag korrupt erteilt wurde, verklagt, um verlorene Ausschreibungskosten und entgangenen Gewinn zurückzuerhalten.

Suspendierung oder Ausschluss

Zusätzlich zu den direkten Sanktionen für Korruption kann es Unternehmen, die an Vollstreckungsverfahren beteiligt sind, verboten werden, Verkäufe an Regierungskunden oder -organisationen zu tätigen. Der Verlust solcher Verkaufsmöglichkeiten kann in vielen Fällen größere finanzielle Auswirkungen auf ein Unternehmen haben als die direkten Sanktionen des Durchsetzungsverfahrens.

Sanktionen von ArcelorMittal

Basierend auf diesen Anti-Korruptionsrichtlinien, geltendem Recht und internen Richtlinien von ArcelorMittal, sind Fälle von Betrug oder Bestechung durch eine/n ArcelorMittal-Mitarbeitende*n strafbar und führen zu Sanktionen, die bis zur Kündigung des Arbeitsvertrags gehen können.

3.18. Allgemeine Hinweise und Kontakte

Da diese Anti-Korruptionsrichtlinien nicht alle Eventualitäten abdecken können, werden die Mitarbeitenden von ArcelorMittal ermutigt, ihr gutes Urteilsvermögen einzusetzen und ihren gesunden Menschenverstand anzuwenden. Im Zweifelsfall wenden Sie sich bitte mit Fragen an Ihre örtliche Rechtsabteilung, die/den Leiter*in Ihrer lokalen Geschäftseinheit oder die in diesen Anti-Korruptionsrichtlinien genannten Personen.

Wenn Ihre örtliche Rechtsabteilung oder Ihr/e örtliche*r Geschäftsbereichsleiter*in Anleitung zu diesen Anti-Korruptionsrichtlinien benötigt, können sie sich an eine der folgenden Personen wenden:

- die/den Group General Counsel,
- die/den Beauftragte* für das Compliance-Programm
- die Regional/Segment-Generalanwält*innen/Leiter*innen der Compliance